Bertelsmann-Religionsmonitor stößt auf gespaltenes Echo

28. August 2017

Berlin (KNA) Parteien und Verbände haben auf den am Donnerstag veröffentlichten „Religionsmonitor 2017“ der Bertelsmann-Stiftung reagiert.

Die SPD begrüßte die Fortschritte bei der Integration von Muslimen in Deutschland, mahnte aber mehr Gleichberechtigung im Bildungssystem an. Die Grünen forderten, Diskriminierung von Muslimen am Arbeitsplatz zu beseitigen. Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs sieht Muslime in Deutschland staatlichen Restriktionen ausgesetzt.

Die Autoren des Religionsmonitors sehen die Integration von Muslimen „auf einem guten Weg“ – auch wenn es noch Probleme gebe. Spätestens die zweite Generation sei mehrheitlich in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die Studie stellt jedoch auch fest, dass große Teile der Bevölkerung Vorbehalte gegenüber muslimischen Einwanderern haben. Fast jeder fünfte Befragte gab an, er wünsche sich keine Muslime als Nachbarn. „Es ist eine gute Nachricht, dass die Integration von Muslimen Fortschritte macht“, sagte die Kirchen und Religionsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Kerstin Griese. Sorgen machten ihr die geringeren Chancen von jungen Muslimen im Bildungssystem. „Wir müssen mehr tun, um den Islam auch als Institution zu integrieren“, so Griese weiter.

Dies müsse in den Schulen anfangen. Statt Koranunterweisung in Hinterhofmoscheen müsse der Islamunterricht an den Schulen genauso selbstverständlich sein wie das Fach evangelische oder katholische Religion und der Ethikunterricht. „Die Bundesregierung muss sich endlich um die religionspolitische Integration des Islams kümmern“, sagte der Sprecher der Grünen für Migrations- und Religionspolitik, Volker Beck. Die „Diskriminierung von Muslimen und insbesondere Muslimas mit Kopftuch am Arbeitsmarkt“ müsse konsequent beseitigt werden.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verbiete Diskriminierung aus religiösen Gründen. „Die Resultate des Religionsmonitors sind eine klare Aufforderung an die Politik, ihre restriktive Islampolitik aufzugeben“, sagte der Generalsekretär der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs, Bekir Altas. Muslime in Deutschland bräuchten keine Belehrung, sondern gleiche Teilhabechancen. Erfolg dürfe nicht vom Glauben abhängig gemacht werden, sondern von Leistung. Die deutsche Islampolitik erschwere die Integration, so Altas weiter. Sie stelle „unzulässige und pauschale Forderungen an die Muslime“, mache sie zum „Spielball außenpolitischer Abrechnungen“ und nehme sie „nur noch im Präventionskontext“ wahr.

(KNA – rksmo-89-00142)

Stand: 13. November 2026